

Zukunft Zug



Bilanz des Zuger Stadtrates
für die Legislaturperiode 1999–2002

Stadtrat

ZUG
Stadt

4	Vorwort
4	1999 – Das haben wir uns vorgenommen
4	2002 – Das haben wir in vier Jahren erreicht
5	Die Schwerpunkte
8	Die regionale Zusammenarbeit fördern
10	Die Sicherheit der Bevölkerung
11	Die Sicherstellung der Ressourcen
11	Die effiziente Verwaltung
12	Der neue Stadtauftritt
12	Die soziale Integration

Impressum

Herausgeber	Der Stadtrat von Zug, Dezember 2002
Christoph Luchsinger	Stadtpräsident und Finanzchef
Toni Gügler	Vize-Stadtpräsident und Bauchef
Vreni Wicky-Bernold	Chefin Bildungsdepartement
Hans Christen	Chef Sicherheitsdepartement
Eusebius Spescha	Chef Departement Soziales, Gesundheit und Umwelt
Albert Rüttimann	Stadtschreiber
Produktion	Thomas Gretener, Kommunikationsbeauftragter
Bilder	Guido Baselgia, Ana Cruz, Flying Camera, Baar, Thomas Gretener
Titelbild	Neubau Bahnhof Zug, ein gemeinsames Projekt von Kanton Zug, Stadt Zug und den SBB
Telefon	041 728 15 15
Telefax	041 728 23 71
E-Mail	info@zug.zg.ch
Internetadresse	www.stadtzug.ch

Zu dieser Broschüre

Sehr geschätzte Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zug

Im Sommer 1999 hat Sie der Stadtrat von Zug mit einer politischen Absichtserklärung über die zielsetzenden Perspektiven und die geplanten Schwerpunkte seiner Tätigkeit in der aktuellen Legislaturperiode informiert. In der Broschüre «Die Zukunft der Stadt Zug gestalten» wurde eine Leitidee formuliert, welche für die Exekutivpolitik und die Verwaltungsarbeit während den Jahren 1999 – 2002 und wenn möglich darüber hinaus wegweisend sein sollte.

«Zug soll für seine Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch für die in der Stadt Zug arbeitenden Menschen und ihre Arbeitgeber eine attraktive Stadt bleiben» haben wir damals geschrieben. Wie der Stadtrat, das Stadtparlament und die Verwaltung diese Ziele umgesetzt haben, was erreicht wurde, wo noch Handlungsbedarf besteht und welche Projekte weiterverfolgt werden müssen, zeigen wir Ihnen im vorliegenden Tätigkeitsbericht.

Wir freuen uns, wenn diese Information Ihr Interesse findet und Sie weiterhin zur Teilnahme am öffentlichen Leben dieser Stadt und zur Mitwirkung anregt. Und wir danken allen, die dazu beigetragen haben, einen qualitätsvollen Lebens-, Wirtschafts-, Frei- und Kulturraum zu gestalten.

Der Stadtrat von Zug wünscht Ihnen frohe und besinnliche Festtage und ein gesundes und friedliches Jahr 2003.

Christoph Luchsinger
Toni Gügler
Vreni Wicky-Bernold
Hans Christen
Eusebius Spescha
Albert Rüttimann

1999: Das haben wir uns vorgenommen

Die politische Absichtserklärung ...

Zu Beginn der Legislaturperiode 1999–2002 setzte sich der Stadtrat eingehend mit den Voraussetzungen für eine prosperierende Zukunft des Lebens-, Wirtschafts-, Kultur- und Freiraums Zug auseinander. Zu diesem Zweck führte er eine Stärken-/Schwächenanalyse durch, woraus er sechs Zielsetzungen ableitete. Diese Legislaturziele sind in der Publikation «Die Zukunft der Stadt Zug gestalten – Ziele des Stadtrates» erläutert. Nachfolgend sind sie kurz zusammengefasst:

- 1. Förderung der regionalen Zusammenarbeit:** Der Stadtrat sucht im Rahmen der Umsetzung des Projektes «Zukunft Zug» vor allem mit den Nachbargemeinden neue Formen der Zusammenarbeit.
- 2. Sicherheit der Zuger Bevölkerung:** Die Sicherheit der Zuger Bevölkerung wird durch ein engeres Zusammenwirken von Polizei, Freiwilliger Feuerwehr und Zivilschutz gewährleistet.
- 3. Sicherstellung der Ressourcen:** Das Ziel ist, durch den effizienten Einsatz der vorhandenen Mittel beste Qualitätsvoraussetzungen für den Lebens- und Wirtschaftsraum Zug zu schaffen.
- 4. Effiziente Verwaltung:** Neue Aufgaben und Herausforderungen sollen unter Nutzung der vorhandenen personellen Ressourcen gemeistert werden. Dies bedingt die Reorganisation und Weiterentwicklung unterstützender Mittel wie zum Beispiel der Informatik.
- 5. Neuer Stadtauftritt:** Das Erscheinungsbild der Stadt in allen Publikationen und bei allen öffentlichen Auftritten soll überarbeitet und der heutigen politischen Leitvorstellung angepasst werden.
- 6. Soziale Integration:** In Zusammenarbeit mit bestehenden Organisationen soll ein Bericht zur sozialen Integration erstellt und daraus wichtige Projekte konzipiert und realisiert werden.

... und die Werkzeuge zur Umsetzung

Um die Umsetzung der Ziele zu verfolgen, welche in der Schrift «Ziele des Stadtrates» formuliert sind, stützt sich der Stadtrat verwaltungsintern auf Projekt- und Aktionspläne. Jährlich führt der Stadtrat zudem unter Zuzug von Verwaltungsstellen ein Strategiemeeting durch, um seine Ziele zu aktualisieren und allenfalls Neupositionierungen vorzunehmen. Die Strategien bilden die Basis für die Aktions- und Projektpläne für das kommende Jahr und sind auch Grundlage für die Budgetrichtlinien.

2002: Das haben wir in vier Jahren erreicht

Die Schwerpunkte

Neben den spezifischen Programmenthemen, die in den «Zielen des Stadtrates» formuliert sind, setzte der Stadtrat zwischen 1999 und 2002 die folgenden Ziele um oder leitete sie in die Wege:

Siedlung und Verkehr

Neuer Bahnhof: Im dritten Anlauf klappt es. Mit sehr deutlichem Mehr heissen die Zuger Stimmberechtigten den städtischen Beitrag gut. Im Winter 2003/04 werden der Neubau und die Anlagen in Betrieb genommen.

Planung in der Lorzenebene: Konzept und Bericht «Lorzenstadt» werden verabschiedet.

Neuer Stadtteil: Auf dem Areal der ehemaligen Landis & Gyr werden die Planungsgrundlagen für neue Nutzungen festgelegt.

Neue Erschliessungsstrasse: Das Areal der ehemaligen Landis & Gyr wird durch den Bau der Lan-

dis & Gyr-Strasse und der Dammstrasse öffentlich erschlossen.

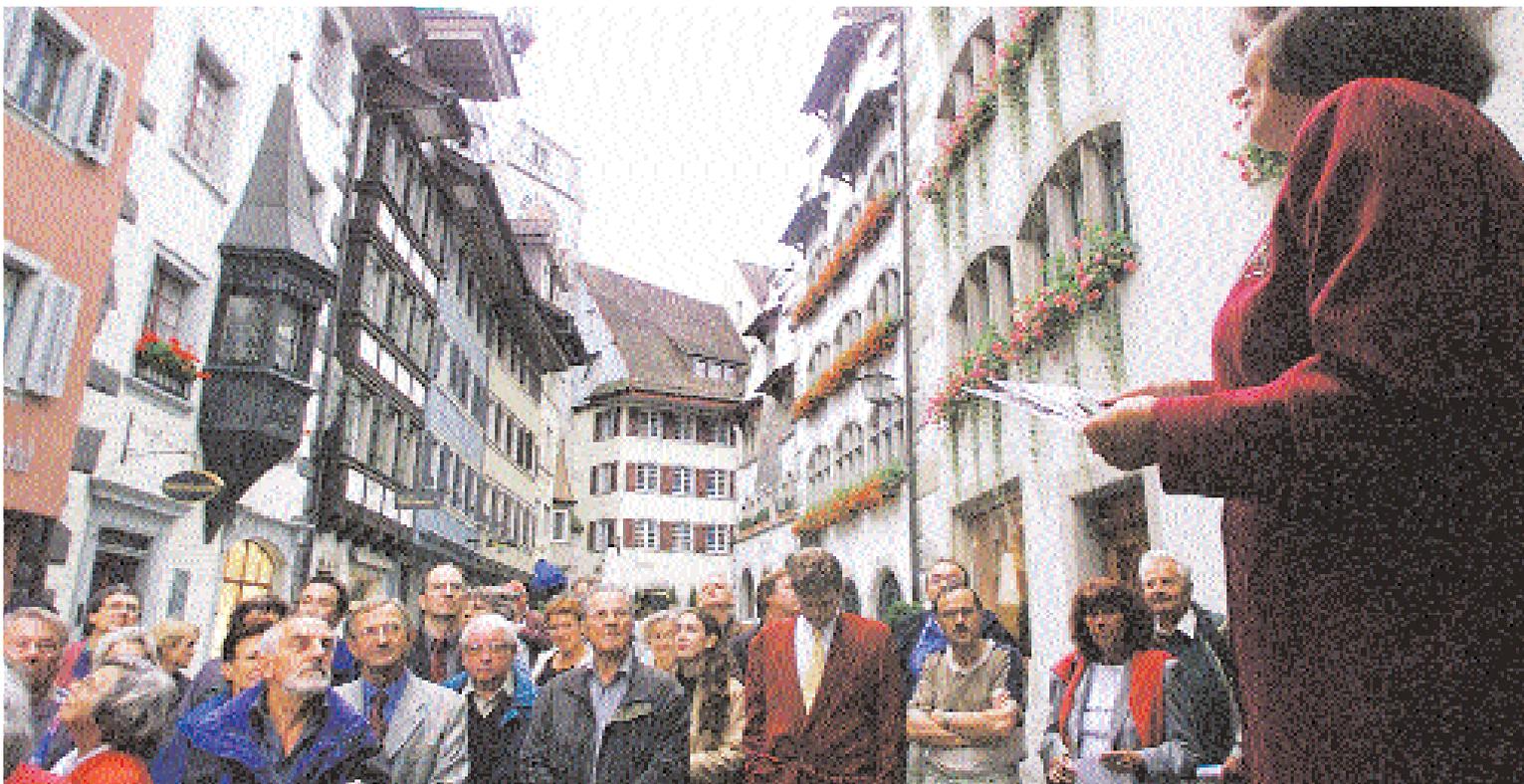
Der Bus fürs Quartier: Das Gimenenquartier erhält zunächst mit dem «Buxi», später mit dem «Flexi» eine bessere Anbindung an den öffentlichen Verkehr.

Erschliessung: Mit dem Strassen- und Parkplatzreglement werden neue rechtliche Grundlagen geschaffen.

Kultur, Freizeit und Sport

Leben entlang des Seeufers: Nach einer mehrjährigen Planungs- und Realisierungsphase wird die Seeufergestaltung (ohne Seeuferweg) im Sommer 2001 abgeschlossen. Der neue Hafen mit Slipanlage, das Hafenrestaurant, das Yachtclubgebäude, das renovierte Vereinshaus und der Spielplatz sind die sichtbaren Zeugen dieses Projektes, welches sich einer grossen Beliebtheit erfreut.

Ein städtischer Beitrag zum Jubiläum 650 Jahre Zugehörigkeit zum Bund: Geschichtenzeit 20.02



Kulturleitbild geschaffen: Seit gut drei Jahren gibt ein Leitbild die Richtung der städtischen Kulturförderung an. Die städtische Kulturkommission erarbeitet die Massnahmen zur Umsetzung.

Aktivitäten zum Jubiläum: Mit dem Projekt «Geschichtenzeit 20.02» und der Durchführung des Kinder- und Jugendliteraturfestivals «Abraxas» erbringt die Stadt gehaltvolle und publikumswirksame Kulturbeiträge zum Jubiläum «650 Jahre Zugehörigkeit zum Bund», welche die kantonalen Aktivitäten unter dem Titel «VerBUNDen» sinnvoll ergänzen.

Sporthalle setzt neue Massstäbe: Die neue Sporthalle in der Herti erfüllt nicht nur die Ansprüche der Sporttreibenden, sondern zieht auch die Blicke von Passanten und Architekten auf sich.

Liegenschaft Theater Casino geht an die Stadt: Deutlich befürworten die Stimmberechtigten die Neukonzeption des Theaters Casino.

Burgbach-Theater aufgefrischt: Das Kleintheater in der Altstadt wird mit der Unterstützung der Stadt umgebaut und präsentiert sich in einem frischen, modernen Kleid.

Auf dem Spitz und zu Wasser: Die Stadt spricht namhafte Beiträge für den Wiederaufbau des Berggasthauses auf dem Wildspitz und für den Ersatz des Zugerseeschiffs «MS Zug».

Keine Sumpfwiese mehr: Die Veranstaltungswiese auf dem Stierenmarktareal wird umfassend saniert.

Anlauf zur Sanierung: Die Leichtathletikanlage Herti soll saniert werden; das Parlament genehmigt den notwendigen Projektierungskredit.

Minigolfanlage: Die Minigolfanlage im Zentrum der Stadt wird erneuert und erhält ein neues Betriebskonzept.

Bildung und Weiterbildung

Erfolgreiches Pilotprojekt: Die Schulen Kirchmatt und Oberwil arbeiten während dreier Schuljahre im Pilotprojekt «Selbstevaluation der Einzelschule» der Bildungsplanung Zentralschweiz mit.

Loreto-Schulhaus: Die Sanierung des Oberstufenschulhauses Loreto wird abgeschlossen.

Oberstufenreform umgesetzt: In der Schule Loreto wird die Oberstufenreform umgesetzt (Niveaugruppen in Mathematik und Französisch) und die Werkschule integriert.

Integrative Schulform: Der Schulversuch in Oberwil stösst auf grosses Interesse und breite Zustimmung. Der Versuch soll weitergeführt werden, bis der Kanton die gesetzlichen Grundlagen dazu definitiv geschaffen hat.

Schulhaus im Westen: Endlich erhält das Riedmatt-Quartier ein bedürfnisgerechtes Schulhaus – es wird im Sommer 2001 bezogen.

Musikschulzentrum: Das Schulhaus Neustadt soll zum Musikschulzentrum der Stadt werden. Im Februar 2003 wird über den Baukredit abgestimmt.

Albanische Flüchtlingskinder: Die Stadt Zug führt im Auftrag des Kantons während des Schuljahres 1999/2000 drei Schulklassen für albanische Flüchtlingskinder.

Lernatelier: Primarschülerinnen und -schüler mit besonderen Begabungen werden im Lernatelier speziell gefördert.

Schulraumplanung: Für die Schulraumplanung wird ein strategischer Bericht für den Zeitraum 2002 bis 2010/20 erarbeitet.

Weiterbildung für alle: Die Freizeitanlage Loreto wird baulich saniert. Das Parlament beschliesst eine Erhöhung des jährlichen Beitrags an die Freizeitanlage Oberwil.

Aufgefrischt: Die erfolgreiche Stadt- und Kantonsbibliothek wird erneuert.

«Gottschäli» immer beliebter: Das traditionsreiche Schul- und Ferienheim Gottschalkenberg erhält ein neues Konzept, ein neues Pächterpaar und wird sanft renoviert. Die Besucherzahlen steigen.

Vernetzte Schulen: An den Zuger Primarschulen wird die Informatik ausgebaut.

Soziale Strukturen

Neues Betagtenzentrum: Das Betagtenzentrum Neustadt nimmt den Betrieb auf.

Alterszentrum Frauensteinmatt: Die Planung für ein Alterszentrum auf dem Areal Frauensteinmatt wird in Angriff genommen. Vorgesehen ist

der Ersatz des Altersheims Waldheim, und es sollen rund 50 neue Alterswohnungen entstehen.

Arbeit statt Fürsorge: Die Beteiligung an den Beschäftigungsprojekten für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger wird vom Stadtparlament 1999 und 2002 genehmigt.

Provisorium aufgehoben: Die Jugendbeiz Chaotikum beim Hafen wird durch einen funktionalen Neubau ersetzt.

Schulsozialarbeit: Auf der Oberstufe und in den Primarschulen Guthirt und Herti wird die Schulsozialarbeit eingeführt.

Betreuung über den Mittag: In den Schulanlagen Riedmatt (2001) und Oberwil (2002) wird der Mittagstisch eingeführt, beziehungsweise wieder aufgenommen.

Jugendarbeit: Der Verein ZJT erhält einen neuen Leistungsauftrag und damit verbunden höhere Beiträge.

Umwelt und Energie

Förderung erneuerbarer Energien: Mit Förderbeiträgen an den Bau und die Sanierung von Anlagen sowie mit verschiedenen Aktionen werden die Nutzung erneuerbarer Energien und der sparsame Energie- und Wasserverbrauch gefördert. Nachdem die Stadt auf die Konzessionsgebühren der Wasserwerke Zug (WWZ) verzichtet, erfolgt die Energieförderung aus der Laufenden Rechnung.

Label Energiestadt: Die Stadt Zug erhält 1999 für ihre aktive Energiepolitik das Label Energiestadt und wird 2002 erfolgreich rezertifiziert.

Stadtentwässerung: Die Erneuerung der Stadtentwässerung, verbunden mit der Umstellung auf das Trennsystem, erfolgt in hoher Kadenz. Mit dem Löschweiher auf dem Zugerberg und der teilweisen Öffnung des Schlifibaches gelingen Projekte mit einem erheblichen ökologischen Nutzen.

Entsorgung: Die Stadt Zug nimmt in der Entsorgung eine Leaderrolle ein. Mit Ökibus, Bücherbus und Brockenhaus beim Ökihof gelingen weitere Verbesserungen. Die Kunststoffsammlung steht kurz vor der Wiedereinführung.



Gemeinsame Planung mit den Nachbargemeinden: die Lorzenebene.

Service public (Einwohnerdienste)

Mehr günstige Wohnungen: Der Stadtrat legt 2002 sein Konzept für die Linderung der Wohnungsnot in Zug vor. An verschiedenen Standorten sollen günstige Wohnungen erstellt werden; für eine Überbauung mit 90 bis 100 Wohnungen im Gebiet Roost ist das Studienverfahren abgeschlossen. Das Parlament soll im Frühjahr 2003 den Projektierungskredit genehmigen.

Stadtverwaltung bleibt in der Altstadt: In einem Grundsatzentscheid wird daran festgehalten, dass sich die Stadtverwaltung in der Altstadt konzentriert. Der «Stadtladen» soll im Stadthaus / Geviert Kolinplatz integriert werden.

Lichterglanz: Sie wird seit Jahren gewünscht, die Weihnachtsbeleuchtung. Ende 2001 wird die erste, Ende 2002 die zweite Etappe eingeschaltet.

Neues Friedhofgebäude: Die Stimmberechtigten sprechen sich für ein neues Friedhofgebäude mit Abdankungshalle aus. Sie heissen den Baukredit deutlich gut.

1. Die regionale Zusammenarbeit fördern

Schon in seiner politischen Absichtserklärung vom 3. November 1998 gab sich der Stadtrat überzeugt, dass die Voraussetzungen für die zukünftige Prosperität von Stadt und Region Zug durch eine optimale Koordination und Kooperation zwischen der Stadt und den Regionsgemeinden bzw. dem Kanton zum Nutzen aller verbessert werden können. Er bekundete dabei auch seine Absicht, dass es für neuartige gemeindeübergreifende Lösungsansätze zusätzlicher Impulse bedarf.

Der Stadtrat hat sich bereit erklärt, die Initiative dafür zu ergreifen. Auf der Basis von drei überwiesenen Motionen genehmigte der Grosse Gemeinderat am 15. Dezember 1998 das Projekt «Zukunft Zug». Dieses soll die verschiedenen Ansätze und Impulse für regionale Problemlösungen koordinieren und kanalisieren und als «Katalysator» für die Nutzung von Chancen und für die Lösung von Problemen auf regionaler Ebene wirken.

Das Stadtparlament bewilligte gleichzeitig eine Anschubfinanzierung für dieses Projekt in der Höhe von 180 000 Franken. Der Stadtrat seinerseits nahm die Motionsanliegen in umfassender Weise in seine Legislaturziele auf.

Zwischenzeitlich entwickelte sich unter den Gemeinden eine beachtliche Gesprächs- und Verständigungskultur. Die Gemeindepräsidentenkonferenz und die verschiedenen Departementsvorstehergremien nehmen dabei eine zentrale Funktion ein.

Siedlung und Verkehr

Entwicklungskonzept Lorzenebene: In einem mehrjährigen Prozess schaffen die Gemeinden Zug, Baar, Cham und Steinhausen unter der Leitung des Kantons die Grundlagen für das regionale Entwicklungskonzept Lorzenebene / Städtlerwald (REK). Dabei wird das Ziel einer Stadt-Landschaft von hoher städtebaulicher und landschaftlicher Qualität verfolgt. Die Nutzungen Siedlung, Naherholung, Landwirtschaft und Natur werden für den Gesamttraum gemeindeübergreifend koordiniert. Das vorliegende Entwicklungskonzept stellt eine ausführliche Grundlage mit Handlungsempfehlungen dar, seine rechtliche Verankerung in der Richt- und Nutzungsplanung steht noch bevor. Die Behördendelegation der vier Gemeinden genehmigt das Konzept. Der Grosse Gemeinderat nimmt vom Bericht an seiner Sitzung vom 10. September 2002 Kenntnis und zollt der gemeindeübergreifenden Arbeit grosses Lob.

Verkehrskoordination: Auf Anstoss der beiden Gemeinden Zug und Baar wird in Zusammenarbeit mit dem Kanton das Konzept der Nordzufahrt erarbeitet. In Rekordzeit genehmigt der Kantonsrat für dieses Strassenprojekt die entsprechenden Kredite.

Hochhausstudie: Unter Einbezug der Talgemeinden erarbeitet der Kanton eine Hochhausstudie; die Ergebnisse werden auf kommunaler Ebene präzisiert.

Eine Musterbauordnung für die Gemeinden wird erstellt.

Ein **Abwasserreglement** wird gemeinsam durch die Gemeinden erstellt. In Fragen des Rechnungswesens übernimmt die Stadt Zug eine führende Rolle.

Kultur, Freizeit und Sport

Kulturanlässe werden im Veranstaltungskalender koordiniert und die Aufgaben abgesprochen.

Treffpunkte wie die Galvanik Zug oder die Spinnihalle Baar kommen nur dank grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit dem Kanton und den anderen Gemeinden zustande.

Wirtschaftsförderung und Erhaltung der Finanzstärke der öffentlichen Hand

Der **Wirtschaftsanlass «Zug Aktuell»** stellt für die Unternehmen der Region ein Diskussionsforum dar.

Gezielte Steuerfestlegungen wirken fördernd und motivierend auf die ansässigen Firmen und machen Zug als Arbeitsplatz attraktiv. Wichtig sind dabei die Konstanz und die Verlässlichkeit der Steuerentwicklung.

Der Aufbau der Kontenplanstandardisierung im Rechnungswesen ist erfolgt. Es wird ein permanenter Austausch von Know-how zu Fragen der Kostenrechnung gepflegt. Der Erfahrungstransfer bei der Grundstückgewinnsteuer ist institutionalisiert und wird ausgebaut.

Budgetierungsfragen werden gemeindeübergreifend diskutiert.

In Vernehmlassungen geben die Zuger Gemeinden vermehrt gemeinsame Stellungnahmen ab, zum Beispiel zum Finanzhaushaltsgesetz und zu weiteren Gesetzesvorlagen.

Neue Sport-
halle in
der Herti



Im Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität unterstützt die Stadt Zug den Aufbau der grössten schweizerischen Selbsthilfeorganisation SRO (VQF) mit substanziellen Beiträgen.

Bildung und Weiterbildung

Im Bereich der Psychomotorik, der Heilpädagogischen Schule und bei der Integrationsschule wird die Zusammenarbeit unter den Gemeinden gefestigt. Zug offeriert zentral die Leistungen.

Zug engagiert sich im Übrigen stark bei innovativen Projekten wie zum Beispiel bei der Begabtenförderung «Lernatelier», wo die Stadt alsdann auch die anderen Gemeinden an den Ergebnissen partizipieren lässt. Schulversuche der Basisstufe werden in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Zug geplant.

Soziale Strukturen

Die Studie und der Bericht «Soziale Integration» werden erarbeitet und enthalten einen umfangreichen Katalog von Massnahmen, von denen erste umgesetzt werden.

Langzeitpflege: Das Spitalgesetz wird von den Gemeinden koordiniert und umgesetzt.

Sprachoffensive für Fremdsprachige: Die «Zuger Integrations-Sprachoffensive» wird gemeinsam mit der Gemeinde Baar konzipiert und lanciert. Die anderen Zuger Gemeinden können sich daran anschliessen – was erfreulicherweise auch viele tun.

Institutionalisierte Treffen auf allen Amtsebenen im Sozialbereich streben standardisierte Vorgaben an, wie etwa die gemeinsame Beschaffung von EDV-Programmen (zum Beispiel KLIB-Software).

Die Sozialvorsteherkonferenz (SOVOKO) koordiniert die Geschäfte im Sozialbereich und wirkt an Koordinationskonzepten im Jugendbereich, im Suchtbereich und in der Langzeitpflege mit.

Schulzahnpflege: Die Gemeinden erarbeiten einen gemeinsamen Tarif für die Schulzahnpflege.

Service public (Einwohnerdienste)

Die Einwohnerkontrollen und Zivilstandsämter arbeiten eng zusammen und streben gemeinsame

Softwarelösungen an. Die Revision der eidgenössischen Zivilstandsverordnung bedingt den Zusammenschluss von Gemeinden zu Zivilstandskreisen.

Die Feuerwehren des ganzen Kantons Zug besuchen gemeinsam Aus- und Weiterbildungskurse und pflegen einen intensiven Erfahrungsaustausch. Sie fördern die Standardisierung der Geräte und Fahrzeuge. Zug ist Stützpunktfeuerwehr der Öl-, Chemie- und Strahlenwehr. Die Zusammenarbeit wird intensiviert.

Unter Federführung des Informatikdienstes der Stadt Zug prüfen die Zuger Gemeinden, welche Bedürfnisse für gemeinsame Branchenlösungen mit zentralem Betrieb bestehen. Insbesondere in den Bereichen E-Government, Internet und Intranet sowie beim gemeinsamen Hosting sind Synergiepotenziale vorhanden. Erste Projekte sind skizziert und werden weiterbearbeitet.

Grenzen der regionalen Zusammenarbeit

Die Beispiele zeigen, dass eine grosse Anzahl der von den Motionären angestrebten Ziele auf dem Gebiet der regionalen Zusammenarbeit angepackt und zum Teil umgesetzt wurde. Der Zusammenarbeit sind aber auch Grenzen gesetzt. Der Grundsatz der Autonomie und das Bekenntnis zum Föderalismus sollen durch die Kooperation der Gemeinden denn auch nicht infrage gestellt werden.

Was zu tun ist

Für den Stadtrat unbestritten ist, dass er seine Anstrengungen zur vernetzten regionalen Zusammenarbeit fortsetzen wird. Dabei stehen die folgenden Themen im Vordergrund:

- Der Regierungsrat wird erste Vorschläge zur «Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden» einer paritätisch besetzten Arbeitsgruppe zu Beginn des nächsten Jahres den Gemeinden vorlegen. Sicher ist heute schon, dass die finanzielle Belastung der Gemeinden substanziell ansteigen wird.
- Die Teilrevision des Zonenplans und der Bau-

ordnung sowie der Etappierungsplan für die Umsetzung des Verkehrsrichtplanes setzen Absprachen zwischen den benachbarten Gemeinden voraus.

2. Die Sicherheit der Bevölkerung

Mit der Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei leistete der Stadtrat einen grossen Beitrag zur Neuorganisation im Sicherheitsbereich. Damit die polizeilichen Dienstleistungen – trotz Weggangs der Stadtpolizei – gewährleistet bleiben, wurden mit der Zuger Polizei Leistungsziele definiert. Mit einem Controlling werden diese überwacht.

Die Feuerwehr erfüllt als Stützpunktfeuerwehr für die anderen Gemeinden zentrale Aufgaben auf dem Gebiet der Führung, der Aus- und Weiterbildung sowie der Öl- und Chemiewehr. Die Feuerwehr wird für Katastrophen aller Art Lösungen anbieten müssen. Polizei, Feuerwehr und Zivilschutz müssen Sicherheit nachhaltig garantieren können. Der kantonalisierte Zivilschutz sucht die Stärkung im Zusammenschluss von gemeindlichen

Zivilschutzorganisationen zu Gruppen, zum Beispiel Zug, Baar und Walchwil.

Das Attentat vom 27. September 2001 hat die Behörden in ihren Bestrebungen, allfällige Risiken im Sicherheitsprozess periodisch und konsequent zu überprüfen, auf tragische Art und Weise bestärkt.

Was zu tun ist

- Die Sicherheitsmassnahmen an den fünf Hauptstandorten der Stadtverwaltung müssen verwirklicht werden
- Die Stadt wird bei der Gestaltung des neuen Polizeigesetzes ihre Interessen einbringen, um die Sicherheitsbedürfnisse der Zuger Bevölkerung wahrnehmen zu können.

3. Die Sicherstellung der Ressourcen

Die Stadt Zug hat in vier Departementen ein Qualitätsmanagement-System eingeführt. Dieses hat unter anderem auch einen Beitrag im Hinblick auf die Sicherstellung der Ressourcen geleistet. Mittels eines umfassenden Prozesses zur Geschäftsplanung können heute die für die städtische Leistungserbringung benötigten personell-

Der neue Hafen
von Zug



len, infrastrukturellen und finanziellen Mittel geplant und überwacht werden. Die sich in Einführung befindende Kostenrechnung und das Controlling ermöglichen zudem, genauere Aussagen über den Verlauf der Kosten und der Erträge zu machen. In Zukunft erwartet der Stadtrat von diesen Instrumenten aussagekräftige Grundlagen, um vor allem seine strategischen Führungsaufgaben in einem wesentlich schwierigeren Umfeld zukunftsorientiert wahrnehmen zu können.

Der permanenten Förderung und Weiterbildung der Mitarbeitenden wird ein hoher Stellenwert eingeräumt. Die verschiedenen Angebote in internen und externen Kursen werden erfreulich rege benutzt.

Was zu tun ist

- Ausarbeitung Grundlagen für Politikplan
- Definition der Finanzpolitik
- Periodische Messung der Kundenzufriedenheit
- Verfeinerung des Controllingsystems mit der Einführung von Benchmarkvergleichen
- Aufbau der Vollkostenrechnung in Teilbereichen
- Aufbau des Projektes Gesamtentwicklung
- Förderung innovativer Leistungen
- Konzipierung neuer Standortmassnahmen

4. Die Effiziente Verwaltung

Ein wichtiger und grosser Schritt im Hinblick auf die Sicherstellung einer effizienten Verwaltung konnte mit der bereits erwähnten Einführung eines Qualitätsmanagement-Systems, aber auch mit der Durchführung verschiedener Workshops gemacht werden. Heute sind die administrativen Abläufe in vier Departementen nach ISO 9001 zertifiziert. Zusätzlich dazu verfügt das Departement Soziales, Gesundheit und Umwelt (SGU) über ein Umweltmanagement-System nach ISO 14001. In den zwei verbleibenden Departementen ist das Qualitätsmanagement-System im Aufbau begriffen.

Zudem führte eine kleine Reorganisation in den Departementen zu transparenteren Strukturen, geklärten Schnittstellen und der weit gehenden Vermeidung von Doppelspurigkeiten.

Die oben genannten organisatorischen Massnahmen führen dank dem Aufbau einer modernen Informatikinfrastruktur und dank grossen Anstrengungen in der Informatikweiterbildung beim Personal zu den erhofften Effizienzsteigerungen.

Was zu tun ist

- Revision der Gemeindeordnung, um Aufgaben und Kompetenzen neu zu definieren
- Einführung eines leistungsabhängigen Entlohnungssystems
- Verwaltungsweite Einführung einer Geschäftskontrolle und des Dokumentenmanagements
- Aufbau eines Controllingsystems mit Benchmarkvergleichen
- Abschluss der flächendeckenden Einführung des Quality-Managements
- Definition des Service public mit Mussgrössen der Kundenzufriedenheit

5. Der neue Stadtauftritt

Der neue Stadtauftritt, eingeführt im Frühling 2001, beinhaltet ein neues optisches Erscheinungsbild der Stadtverwaltung für Briefschaften und Publikationen. Der Internetauftritt wurde vollständig überarbeitet und gelangte schon bald in die Top Ten der Internetauftritte von Schweizer Gemeinden. Um sich mit dem neuen Stadtauftritt zu identifizieren, setzten sich die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung in Workshops mit ihrer täglichen Arbeit auseinander. Ziel war und ist es, die Kundinnen und Kunden der Stadtverwaltung mit einem noch besseren Service zu bedienen. Mit dem neuen Stadtauftritt wurden initiiert:

- Umsetzung des neuen visuellen Auftrittes (Briefpapier, Beschriftungen von Fahrzeugen und Liegenschaften der Stadtverwaltung)
- Verstärkte Kundenorientierung bei den Mitarbeitenden
- Verbesserung der Kommunikation nach aussen mit neuen Publikations- (Publikationen zu städtischen Bauten und Schulen, Jahresbericht mit Kulturbeilage) und Informationsformen



(tour.01, 02 des Baudepartementes: Thematisierung von aktuellen Bauvorhaben)

- Vorarbeiten zur Förderung der Standortattraktivität

Was zu tun ist

- Einführung des «Stadtladens» und eines Servicecenters
- Erweiterung des Internetauftritts
- Schaffung von Foren für Interessierte und ihre Anliegen und Vorschläge
- Umsetzung des Kommunikationskonzepts

6. Die soziale Integration

Das Thema «Soziale Integration» wurde entsprechend den Vorgaben bearbeitet. Zusammen mit bestehenden Organisationen wurde der Bericht mit dem Titel «Soziale Integration in der Stadt Zug» erstellt, in dem aktuelle Problemfelder analysiert und Lösungsvorschläge entwickelt wurden. Die daraus abgeleiteten Prioritäten wurden in verschiedenen Aktivitäten und Projekten umgesetzt. Periodisch wurde der Stadtrat über den Stand der Arbeiten informiert. Pressekonferenzen und der im März dieses Jahres erschienene Bericht «Information zum Schwerpunktthema «Soziale Integration» des Zuger Stadtrates – Stand März 2002» informierten die Öffentlichkeit immer wieder über die erzielten Fortschritte.

Deutschkurse für
fremdsprachige
Ausländerinnen

Verwirklicht wurden:

- Sicherstellung von Beschäftigungsplätzen für Langzeitarbeitslose
- Erste Ausbauprojekte in der familienergänzenden Kinderbetreuung (Tagesheim Hofmatt, Kinderkrippe Fuchsloch)
- Schaffung einer sozialpädagogischen Einrichtung im Guthirt-Quartier
- Deutschkurse für fremdsprachige Mütter
- Finanzielle Unterstützung privater Integrationsprojekte
- Durchführung der Studie Jugendgewalt

Was zu tun ist

- Erarbeitung Leitbild Familienpolitik
- Ausbau familienergänzende Kinderbetreuung
- Ausbau schulergänzende Betreuung
- Förderung der Kinder- und Jugendarbeit
- Weiterführung und Ausbau der Integrations-Sprachoffensive
- Weitere Umsetzung der Massnahmen im Kulturleitbild

ZUG
Stadt

